Morgen-Ausgabe. Nr. 18 Freitag, 11. Januar 1935

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.80, durch Postbezug RM. 3.80 einschließlich 51 Rpf. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei sechsmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Sachsens 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise n. Preisliste Nr. 8: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Offz.-Gebühr 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Der englische Botschafter bei Neurath:

Einladung zur Saartagung des Völkerbundes

Abgelehnt aus grundsätzlichen Erwägungen

Berlin, 10. Januar.

Der englische Botschafter Sir Eric Phipps hat heute den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, aufgesucht und angeregt, daß Deutschland als Ratsmitglied an der bevorstehenden außerordentlichen Ratstagung des Völkerbundes teilnehme, auf der die Entschließungen über das Saargebiet auf Grund der Ergebnisse der Abstimmung gefaßt werden sollen.

Der Reichsminister hat den Botschafter wissen lassen, daß die Reichsregierung, nachdem sie ihren Austritt aus dem Völkerbund erklärt habe, sich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in der Lage sähe, dieser Anregung Folge zu geben. Gleichzeitig wurde der englische Botschafter darauf hingewiesen, daß Nachrichten hier vorliegen, wonach die endgültige Entscheidung über das Schicksal des Saargebietes erst in einer späteren Ratstagung erfolgen sollte, daß aber nach der Auffassung der Reichsregierung ernste Bedenken dagegen bestünden, die Entscheidung über das Schicksal des Saargebietes hinauszuzögern, da es insbesondere für die saarländische Wirtschaft schwerwiegende Schädigungen mit sich brächte, wenn der ungesunde Zwischenzustand mit all seinen Unsicherheitsfaktoren über das Maß des dringend Notwendigen hinaus verlängert würde.

* * *

Die englische Einladung an die Reichsregierung zur Teilnahme an der Ratstagung während der Saarentscheidung entspricht der englischen Gepflogenheit, keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um Deutschland, wenn auch nur vorübergehend, nach Genf zurückzubringen und auf diese Weise einen Präzedenzfall zu schaffen, der als Beginn einer Rückgängigmachung des deutschen Völkerbundsaustritts betrachtet werden könnte. Wie schon in früheren Fällen, hat auch bei dieser gewiß sehr wichtigen Gelegenheit die Reichsregierung ihre aktive Mitwirkung aus grundsätzlichen Erwägungen versagen müssen, da der Hauptgrund für den deutschen Rückzug aus Genf, die Gleichberechtigungsfrage, noch nicht die von uns geforderte Erledigung gefunden hat. Im übrigen hat sich bei den römischen und den darauffolgenden Genfer Saarverhandlungen im Dezember gezeigt, daß die gewünschte Stellungnahme Deutschlands zu den Genfer Beschlüssen auch sehr wohl auf dem üblichen diplomatischen Wege eingeholt werden kann, ohne daß der offen gehaltene deutsche Ratssitz besetzt ist.

Der Reichsaußenminister hat auch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen und zugleich eine sehr berechtigte und notwendige ernste Mahnung an die Völkerbundsmächte gerichtet mit der Forderung nach möglichster Beschleunigung der Saarentscheidung. Er weist auf die sehr schwerwiegenden wirtschaftlichen Interessen des Saargebietes hin, die eine möglichst kurze Bemessung des Uebergangsstadiums geboten erscheinen lassen. In die gleiche Richtung weisen auch die in unserem heutigen Leitartikel über die Genfer Aufgabe aufgeführten politischen Gründe. In Anbetracht aller dieser Umstände kann es bei der Genfer Saarentscheidung nützlicher sein, wenn Deutschland durch seine Abwesenheit im Völkerbunde anwesend ist.

Die Aufgabe für Genf

Heute, am 11. Januar, tritt der Völkerbundsrat zu einer Tagung zusammen, am 13. Januar folgt die Volksabstimmung im Saargebiet, und in der Nacht vom 14. zum 15. Januar soll das Ergebnis gleichzeitig in Saarbrücken und in Genf bekanntgegeben werden. Diese rasche Folge der entscheidenden Daten ist natürlich kein Zufall. Der Völkerbundsrat hat es für notwendig gehalten, während der Abstimmungszeit versammelt zu sein, damit unverzüglich Anweisungen aus Genf an die Regierungskommission des Saargebietes ergehen können, wenn irgendwelche Zwischenfälle das Eingreifen des Völkerbundes als der für die Saarangelegenheiten zuständigen Instanz notwendig machen sollten.

Als dieser Beschluß im Dezember gefaßt wurde, dachten die Ratsmitglieder an Störungen, die während der Abstimmungstage von deutscher Seite her die Freiheit der Abstimmung gefährden könnten. Inzwischen hat sich mit dem alle Hemmungen fortreißenden Siegeszug der Deutschen Front, mit der zu Terrormaßnahmen übergehenden Verzweiflungsstimmung der Separatisten und mit der zunehmenden Nervosität der fremden Regierungsmänner das Blatt gewendet. Wie die Dinge heute liegen, bieten höchstens die Fehler, die die Regierungskommission in den letzten Tagen ihrer Herrlichkeit anhäuft, einen Anlaß zum Eingreifen für den Völkerbund. Denn wenn irgend etwas die Handlungsfreiheit der zur Entscheidung über ihr Schicksal aufgerufenen Abstimmungsberechtigten gefährdet, dann sind es die vielfältigen Schikanen in der Oeffentlichkeit und in den Wahllokalen, die ausschließlich die Deutschgesinnten treffen und eine versteckte Parteinahme der vom Völkerbund bestellten Organe für das hoffnungslose Häuflein der Rückgliederungsgegner offenbaren. Es sieht so aus, als ob es Herrn Knox und seinen Mitarbeitern darauf ankäme, der Saarbevölkerung noch recht eindringlich vor Augen zu führen, was der Zustand des Status quo bedeutet, der auf dem amtlichen Stimmzettel mit den Worten „Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung" verdeutscht worden ist. Die Verfolgung und Bestrafung jeder Aeußerung der deutschen Gesinnung, auf der andern Seite hemmungslose Agitations- und Terrorfreiheit für den Kommunismus, weltfremde Urteile ahnungsloser ausländischer Richter, fremde Uniformen und die Maschinengewehre auf den Panzerwagen, die ihre Mündungen drohend auf die Saarländer richten, als ob sie nicht ein friedliches Arbeitsvolk, sondern eine Ansammlung von Staatsfeinden und Gangstern wären — das ist der Status quo. Nach der Passivität, die der Völkerbund jahrelang in den Saarangelegenheiten hat walten lassen, wäre es zu viel verlangt, wenn man von ihm jetzt noch ein energisches Einschreiten gegen diese Mißstände erwarten wollte. Und in einem gewissen Sinne ist das auch gut so; denn dieser drastische Anschauungsunterricht ist trefflich dazu geeignet, den letzten Abstimmungsberechtigten, die vielleicht noch zweifeln und schwanken, die Augen zu öffnen über das Leben, das sie im Zeichen des Status quo erwarten würde. Er entspringt, wie der Saarbevollmächtigte Bürckel richtig feststellte, einem Geist, der stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Unter diesen Umständen kann sich auch der Völkerbund gratulieren, wenn er mit der Saarentscheidung die Verantwortung für dieses Sorgenkind los wird, das nun in 15 langen Jahren mit dem Wechselspiel zwischen fremder Unterdrückung und nationalem Widerstand den Beweis geliefert hat, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, Deutsche zu Franzosen oder Genf zur politischen und geistigen Hauptstadt eines deutschen Landesteiles zu machen. Je eher mit diesem Ueberbleibsel eines Versailler Nachkriegswahnes aufgeräumt wird, um so besser ist es für das Saarland, für seine Nachbarn, für Europa und nicht zuletzt für den Völkerbund. Darum ist seine gegenwärtige Tagung auch von deutscher Seite aus zu begrüßen, weil sie den Rat in die Lage versetzt, die ihm durch den Versailler Vertrag auferlegte Saarentscheidung mit der in dieser Sache gebotenen Schnelligkeit zu treffen. Das wird ihm um so leichter sein, als die politischen, finanziellen und technischen Uebergangsschwierigkeiten, die noch vor kurzer Zeit soviel Kopfzerbrechen verursacht und Befürchtungen ausgelöst haben, durch die römischen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich aus der Welt geschafft sind. Bei weiterer Bewährung des beiderseitigen

Neuer Sabotageplan der Statusquoler

Wie man die Abstimmung in letzter Stunde verhindern will

Saarbrücken, 10. Januar.

Nachdem es der Status-quo-Front mißglückt ist, durch Provokationen Zusammenstöße mit den Mitgliedern der Deutschen Front herbeizuführen, und so eine Lage zu schaffen, die die Abstimmung vielleicht unmöglich machen könnte, greift sie nun angesichts der geschlossenen und entschlossenen Haltung des größten Teiles der Saarbevölkerung zu neuen Mitteln. Die große Angst vor der Abstimmung am kommenden Sonntag hat sie zu einem neuen Verzweiflungsschritt getrieben, durch den sie die Abstimmung nun mit Sicherheit glaubt sabotieren zu können.

Nach einwandfreien Ermittlungen plant die Einheitsfront, auf ein bestimmtes Stichwort hin am Sonntagmittag ihre Beisitzer aus den einzelnen Abstimmungslokalen zurückzuziehen. Da dann die Wahlvorstände den Bestimmungen nicht mehr entsprechen und zum Torso würden, wäre damit die Fortführung der Abstimmung unmöglich gemacht.

Glücklicherweise ist es gelungen, rechtzeitig hinter diese Machenschaften zu kommen und Schritte vorzubereiten, die auch diese Dinge unmöglich machen.

Die Status-quo-Front will ihren fein ausgeheckten Plan mit einer Begründung verwirklichen, die die Schuld der Deutschen Front zuschreibt, und zwar will sie

durch Provokateure in den Farben Deutschlands flaggen lassen,

und dann diese Uebertretung des Flaggenverbotes als neuen Terrorakt und als Uebertretung der Abstimmungsbestimmungen aufziehen. Damit soll dann die Sicherheit der Abstimmung in Frage gestellt sein. Nach dem Motto „Haltet den Dieb" beklagt sie sich dabei schon jetzt über den „Terror" der Deutschen Front und bereitet diesen Schritt für den kommenden Sonntag stimmungsgemäß vor. Sie veranstaltet Presseempfänge für die Auslandspresse und versucht, ihr schon jetzt einen angeblichen Terror der Deutschen Front zu beweisen.

Drastische Maßnahmen der Deutschen Front

Aufrufe des Landesleiters

Demgegenüber hat die Landesleitung der Deutschen Front auch auf ihr letztes Recht verzichtet, um auf jeden Fall die Abstimmung sicherzustellen, und Maßnahmen getroffen, die legalichen Zusammenstoß mit Mitgliedern der Status-quo-Front ausschließen. Der Stellvertretende Landesleiter

Rietmann hat folgenden Aufruf erlassen:

„Angesichts neuer verzweifelter und vielgestaltiger Anstrengungen der Gegner von Ruhe und Ordnung im Saargebiet, die Durchführung der Abstimmung zu gefährden oder gar am 13. Januar zu verhindern, sehe ich mich veranlaßt, folgende Anweisungen an die Mitglieder der Deutschen Front ergehen zu lassen:

Volksgenossen!

1. Nach einwandfreien Erkundigungen plant die Einheitsfront das Aufziehen von Flaggen am Abstimmungstage zum Anlaß zu nehmen, ihre Beisitzer aus den einzelnen Abstimmungslokalen zurückzuziehen. Wir wissen darüber hinaus, daß die Einheitsfront durch Provokateure das Aufziehen von Flaggen in den Farben unseres Deutschlands vornehmen zu lassen beabsichtigt. Die Abstimmungskommission hat vor geraumer Zeit eine Verordnung erlassen, nach der bis zur

Fortsetzung siehe Seite 21

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer

Seite 8 und 9